



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

WÄHRUNGSKRISE ENERGIEPOLITIK

■ ANALYSE		
Währungskrise mit Ansage: Neuauflage des IWF-Programms?		2
Von Robert Kirchner, Berlin/Minsk		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Aktuelle Wirtschaftsdaten		4
■ DOKUMENTATION		
Belarussische Pressestimmen zur Währungskrise		6
<hr/>		
■ ANALYSE		
Konfliktreiche Energiepolitik in Belarus		11
Von Andreas Heinrich, Bremen		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Energiebilanz Belarus		16
Russische Erdöl- und Erdgaspipelines nach Europa		18
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 25. Mai bis zum 26. Juli 2011		19
<hr/>		
■ LESETIPP		
Polen-Analysen Nr. 92:		
Die polnisch-belarussischen Beziehungen		24



IBB Internationales
Bildungs- und Begegnungswerk



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Währungskrise mit Ansage: Neuauflage des IWF-Programms?

Von Robert Kirchner, Berlin/Minsk

Zusammenfassung

Belarus sieht sich seit Jahresanfang mit einer folgenreichen Währungskrise konfrontiert. Diese Krise kommt nicht überraschend, sondern war aufgrund der äußerst expansiven Geld- und Fiskalpolitik des Vorjahres abzusehen. Nachdem eine Reihe von administrativen Maßnahmen nicht die gewünschten Resultate brachten, wurde die Währung um fast 40 % zum US-Dollar abgewertet. Gleichzeitig ist die Inflation massiv angestiegen. In den letzten Wochen wurde von belarussischer Seite eine Neuauflage der Kooperation mit dem IWF ins Spiel gebracht. Dies scheint in der gegenwärtigen Situation der einzige Ausweg, will man eine weitere Destabilisierung mit erheblichen realwirtschaftlichen Folgen verhindern.

Verlauf der Währungskrise seit Anfang 2011

Seit Anfang des Jahres 2011 hat die belarussische Volkswirtschaft mit zunehmenden Problemen zu kämpfen, die sich insbesondere im externen Sektor widerspiegeln. So signalisierten die seit Jahresbeginn dramatisch fallenden Devisenreserven einen zunehmenden Druck auf den Wechselkurs (siehe auch Grafik 4 im folgenden Statistikeil).

Nachdem dieser Druck zu groß wurde, bediente sich die belarussische Regierung diverser fragwürdiger Maßnahmen, um die Krise unter Kontrolle zu bekommen. Hierbei sind administrative Beschränkungen bei der Devisennachfrage zu nennen sowie der Übergang zu einem multiplen Wechselkursregime. Dies hatte sehr negative Folgen für im Außenhandel tätige Unternehmen, bewirkte aber auch einen großen Vertrauensverlust in der Bevölkerung. Ende Mai wurde dann eine Abwertung des offiziellen Wechselkurses um ca. 40 % zum USD durchgeführt.

Allerdings erscheint fraglich, ob die Abwertung ausreicht, um wieder ein Gleichgewicht auf dem Devisenmarkt herzustellen. Gegenwärtig findet weder im Interbankenmarkt noch in den Wechselstuben ein nennenswerter Handel statt. Damit besteht weiterhin ein ungelöstes Problem, das hohe wirtschaftliche Kosten und massive Vertrauensprobleme hervorruft.

Ursachen der Krise

Ein gravierender Unterschied der aktuellen Krise zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 besteht darin, dass die Ursachen jetzt weitgehend hausgemacht und nicht extern bedingt sind.

Nach dem Auslaufen des IWF-Programms im März 2010 hat Belarus unverzüglich damit begonnen, die Geld- und Fiskalpolitik massiv zu lockern. Hier sei die staatlich gesteuerte Kreditvergabe zu nennen (»directed lending«), die zu einem Kreditwachstum von über 40 % in 2010 führte, sowie die Anhebung von Löhnen im öffentlichen Sektor um teilweise 50 % im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen.

Kurzfristig war zwar ein positiver Effekt auf das reale BIP-Wachstum zu verzeichnen (Januar–April 2011: 12,3 %, weit über dem Produktionspotential), gleichzeitig kam es aber zu Inflationsdruck sowie zu einem starken Importanstieg. Hierbei ist zu erwähnen, dass die außenwirtschaftliche Ausgangslage bereits schwierig war: So betrug das Leistungsbilanzdefizit 2010 besorgniserregende 15,5 % vom BIP.

Zusammen mit einem weitgehend fixierten Wechselkurs, niedrigen Kapitalzuflüssen (insbesondere sehr wenig FDI) sowie sehr geringen Devisenreserven ergeben sich daraus die Zutaten für eine klassische Zahlungsbilanz- bzw. Währungskrise, wie Belarus sie gerade erfährt. Dies kommt allerdings nicht überraschend, so hat z. B. der IWF mehrfach davor gewarnt. Auch GET Belarus hat frühzeitig auf die negativen Auswirkungen hingewiesen.

Bisheriges Krisenmanagement nicht zielführend

Die Krisenreaktion der Entscheidungsträger ist bisher eher als enttäuschend zu bezeichnen, was ein Unterschied zum Vorgehen in der Krise 2008/09 ist. So wurde auf den IWF verzichtet, um dessen Auflagen zu entgegen. Im Gegensatz dazu wurde auf häufig geänderte und nicht konsistente administrative Beschränkungen vertraut, um ein fundamentales Zahlungsbilanzproblem in den Griff zu bekommen. Dieser Rückfall in alte Muster der wirtschaftlichen Kontrolle steht dabei in Kontrast zu den vorsichtigen Liberalisierungstendenzen der letzten Jahre.

Der bereits erwähnte massive Anstieg der Inflation auf gegenwärtig fast 44 % (!) im Vergleich zum Vorjahr (siehe auch Grafik 2 im folgenden Statistikeil) soll jetzt durch Preisstopps bei bestimmten Produkten bekämpft werden. Es ist mehr als fraglich, ob dieses Vorgehen erfolgreich ist. Weitere Probleme wie z. B. Versorgungsmängel erscheinen wahrscheinlich. Allgemein ist davon auszugehen, dass die Inflation in den nächsten Monaten weiter ansteigen wird.

Die Ursache der Krise – die äußerst expansive Konjunkturpolitik – wurde noch nicht adäquat angegangen. Zwar erfolgten Einzelmaßnahmen (z. B. Zinsanhebungen), aber bisher liegt kein umfassendes und konsistentes Konsolidierungspaket vor.

Dazu gestalteten sich die Verhandlungen mit Russland bzw. der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft über einen Stabilisierungskredit schwierig. Von den angestrebten 3,0–3,5 Mrd. USD für 2011 werden jetzt maximal 1,24 Mrd. USD in 2011 ausgezahlt werden – und das auch nur bei klaren Fortschritten in der Privatisierungspolitik. Eine erste Tranche von 800 Mio. USD wurde im Juni überwiesen. Die Bedingungen sehen 7,5 Mrd. USD Privatisierungserlöse über einen Zeitraum von 3 Jahren vor, d. h. 2,5 Mrd. in 2011. Die belarussische Seite, die in Bezug auf Privatisierungen in den letzten Jahren leider keine Erfolge vorzuweisen hat, stemmt sich dagegen, unter ökonomischem Druck Staatseigentum zu verkaufen.

Zusammenfassend ergibt sich eine bisher inadäquate wirtschaftspolitische Reaktion, wodurch die Gefahr eines Negativszenarios nicht gebannt ist: Ein »Überschießen« des Wechselkurses, der weitere Panik verursacht und eine Abwertungs-Inflationsspirale bewirkt. In einem solchen Szenario sind Probleme bei der Bedienung der externen Schulden und im dollarisierten Bankensektor nicht auszuschließen.

Politikoptionen und aktuelle Entwicklungen

Eine klassische Zahlungsbilanzkrise muss durch einen Mix aus makroökonomischer Anpassung und Finanzierung bekämpft werden. Eine Anpassung erfordert eine deutliche Straffung der Geld- und Fiskalpolitik. Dies setzt politische Entschlossenheit voraus, da solche Maßnahmen aufgrund ihrer (zumindest kurzfristigen) Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung unpopulär sind. Hierzu gibt es jedoch keine Alternative. Dieser

Anpassungsprozess sollte durch einen Stabilisierungskredit begleitet werden, damit Vertrauen und Glaubwürdigkeit schnell wieder hergestellt werden.

Die klassische Institution für Hilfe in einer solchen Zahlungsbilanzkrise ist der IWF. Es ist positiv, dass die Entscheidungsträger unlängst ihre bisherige Position korrigiert haben und nun offiziell ein IWF-Programm anstreben. Dieses soll laut Angaben von belarussischer Seite einen Umfang von 3,5–8,0 Mrd. USD bei 3–5 Jahren Laufzeit haben. Ansonsten liegen bisher keine weiteren Informationen, insbesondere bezüglich der Haltung des IWF zu der Anfrage vor. Es sei jedoch darauf verwiesen, dass der IWF aufgrund seines Mandats angehalten ist, ein solches Hilfeersuchen nach rein ökonomischen (d. h. nicht politischen) Kriterien zu prüfen. In jedem Fall sind inhaltlich harte Verhandlungen abzusehen. Der IWF weiß aufgrund der Erfahrungen beim letzten Programm genau, in welchen Bereichen die Kooperation verbessert werden muss. Insbesondere muss die belarussische Seite ein neues Programm stärker als eigenes nationales Projekt wahrnehmen (»ownership«) und entsprechend danach handeln.

Fazit

In den letzten Jahren war Belarus durch relative makroökonomische Stabilität gekennzeichnet, was auch der IWF-Kooperation während der Krise 2008/09 zu verdanken ist. Die Ereignisse der letzten Monate offenbaren jedoch nunmehr makroökonomische Instabilität, insbesondere seitdem der IWF-Anker nicht mehr existiert.

Ein ehrgeiziges Stabilisierungs- und Reformpaket mit externer Unterstützung ist unbedingt erforderlich, idealerweise in Form eines neuen IWF-Programms. Zusätzliche Unterstützung durch andere Institutionen oder Länder, wie z. B. Russland, könnte ein solches Programm sinnvoll ergänzen.

Über den Autor:

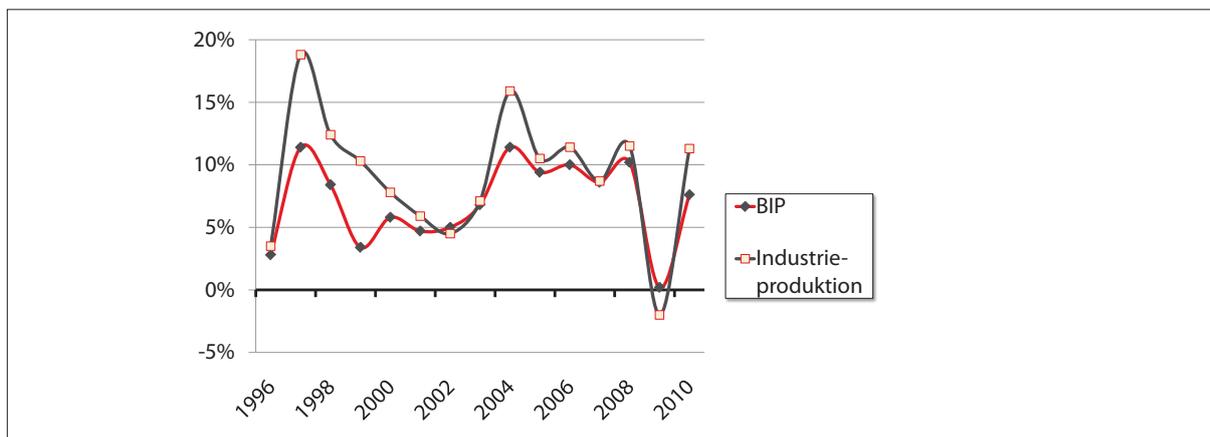
Robert Kirchner ist Mitglied des German Economic Team Belarus (GET Belarus), das durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms finanziert wird.

Lesetipp:

Der abgedruckte Text ist ein aktualisierter Nachdruck des letzten Newsletters von GET Belarus. Zum regelmäßigen Bezug des Newsletters genügt eine Email an newsletter@get-belarus.de

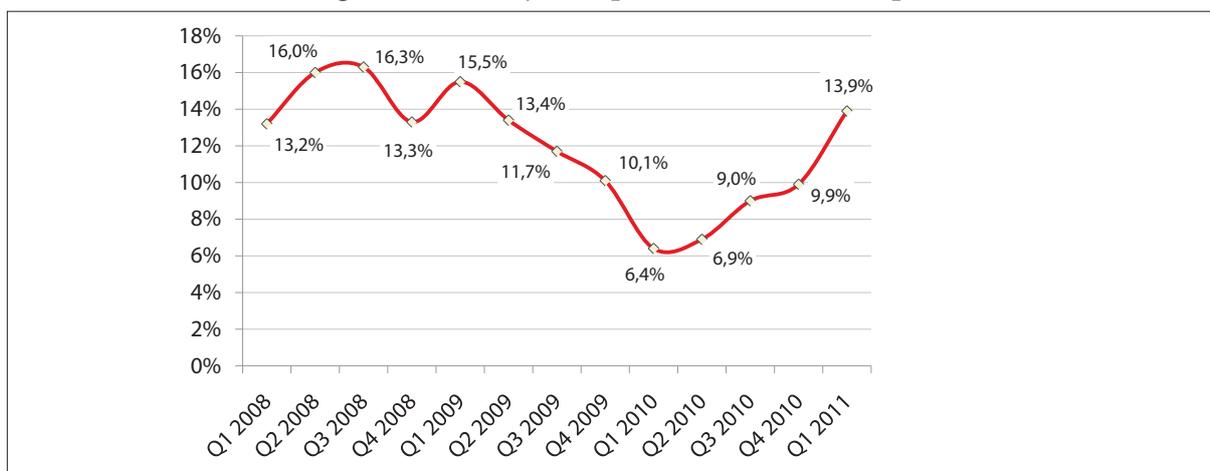
Aktuelle Wirtschaftsdaten

Grafik 1: BIP und Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahr



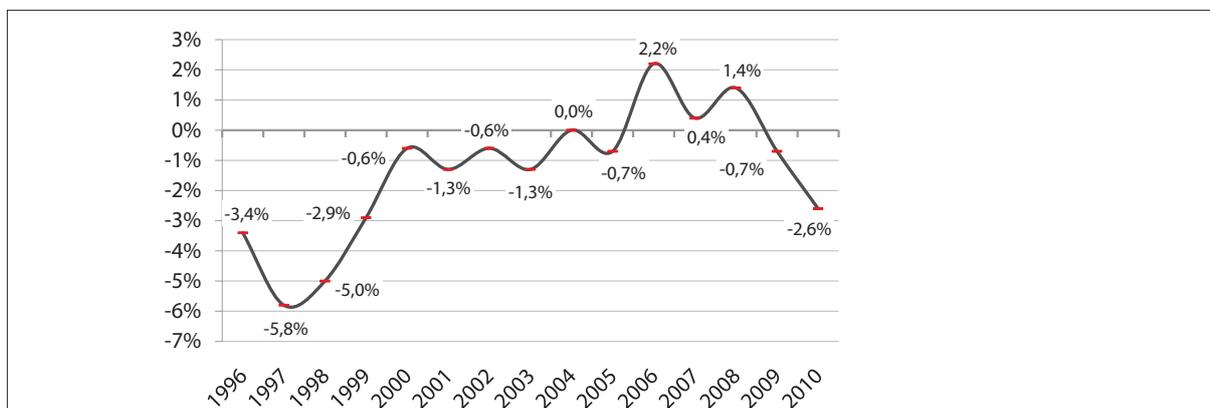
Quelle: *Belarusian Monthly Economic Review*, Nr. 1/2002, Nr. 12/2004, Nr. 7/2011, <http://research.by/eng/bmer/>

Grafik 2: Inflation im Vergleich zum Vorjahresquartal (Konsumentenpreise)



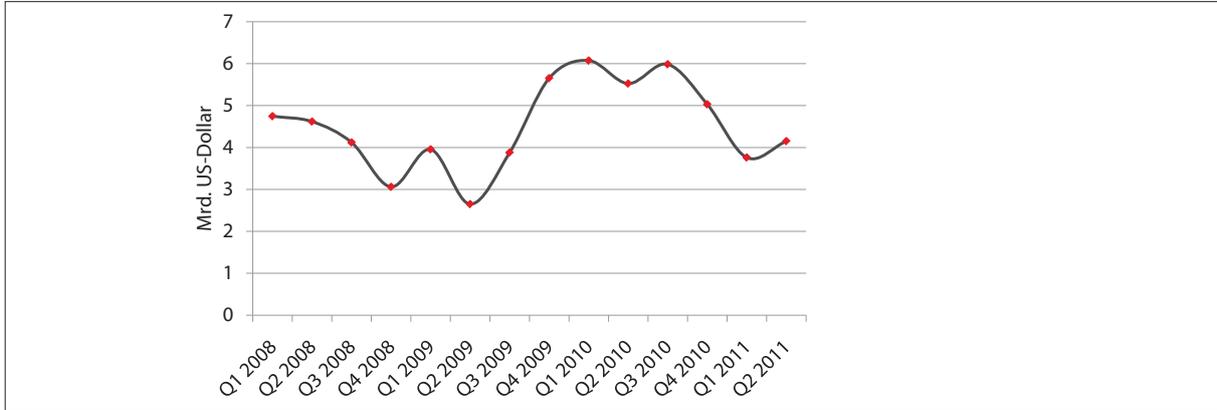
Quelle: *Belarusian Monthly Economic Review* Nr. 7/2009 und Nr. 7/2011, <http://research.by/eng/bmer/>

Grafik 3: Haushaltsdefizit in % des BIP



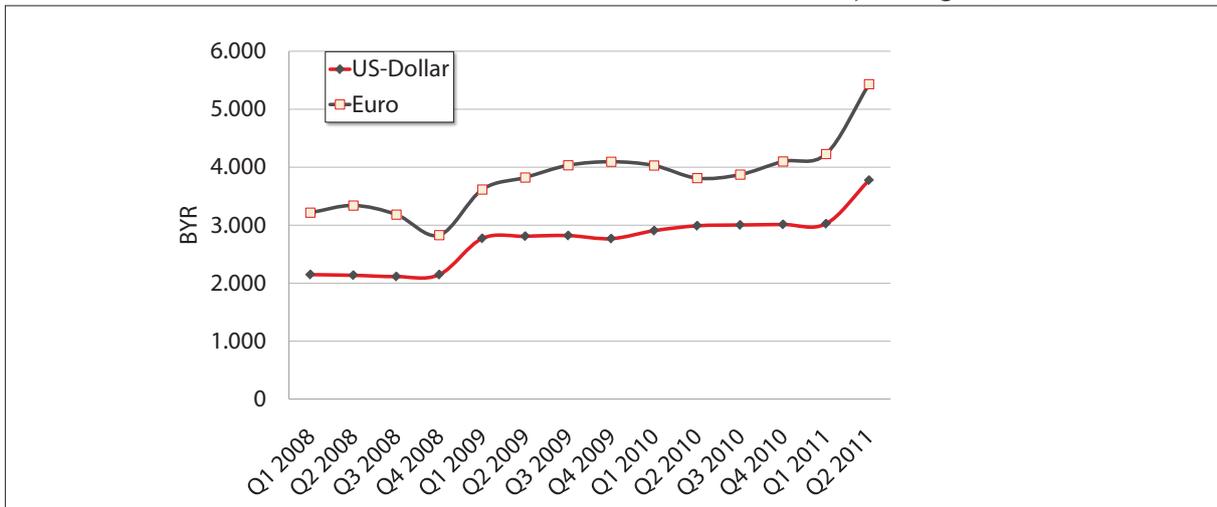
Quelle: *Belarusian Monthly Economic Review* Nr. 1/2002, Nr. 12/2004, Nr. 7/2011, <http://research.by/eng/bmer/>

Grafik 4: Staatliche Devisenreserven in Mrd. US-Dollar



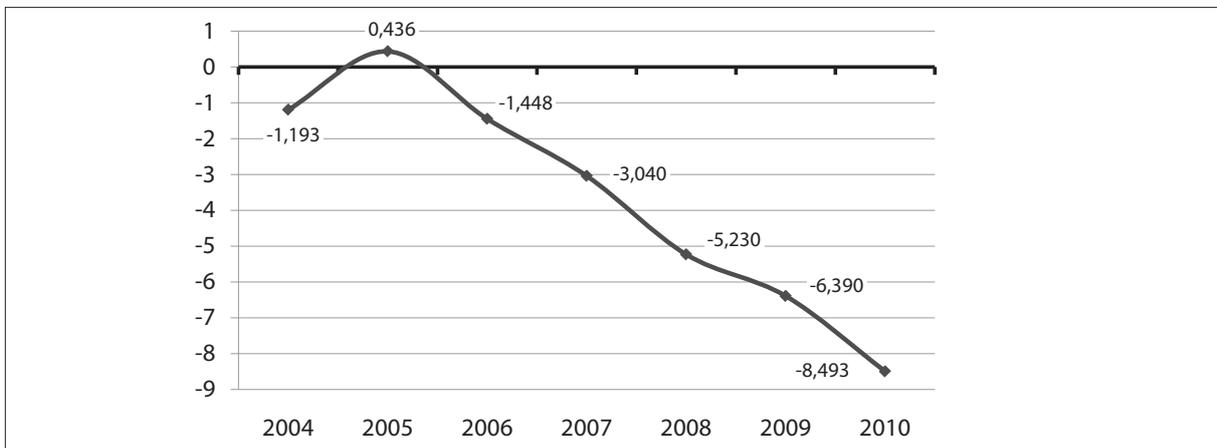
Quelle: *Belarusian Monthly Economic Review* Nr. 12/2008, Nr. 7/2009 und Nr. 7/2011, <http://research.by/eng/bmer/> und *Belarussische Nationalbank*, <http://www.nbrb.by/eng/statistics/sdds/report.asp?date=2011-7-1>

Grafik 5: Wechselkurs (offizieller Kurs, Durchschnittswert für das jeweilige Quartal)



Quelle: *Belarusian Monthly Economic Review* Nr. 7/2009 und Nr. 7/2011, <http://research.by/eng/bmer/> und *Belarussische Nationalbank*, <http://www.nbrb.by/statistics/Rates/AvgRate/>

Grafik 6: Außenhandelsbilanz in Mrd. US-Dollar



Quelle: *Belarusian Monthly Economic Review*, Nr. 7/2011, <http://research.by/eng/bmer/>

Belarussische Pressestimmen zur Währungskrise

Die Währungskrise wird in den unabhängigen belarussischen Zeitungen und Internetplattformen ausführlich diskutiert, während sie von den staatlichen Medien faktisch nicht problematisiert wird. Im Folgenden wird ein Ausschnitt aus den in unabhängigen Medien veröffentlichten Kommentaren dokumentiert. Die Autoren versuchen zu erklären, warum die Krise nicht Auslöser für eine umfassende wirtschaftliche Reformpolitik der politischen Führung geworden ist, bewerten die Perspektiven der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung sowie die Chancen auf die Zuteilung eines IWF-Kredits.

Sawtra twoej strany (www.zautra.by)

Stanislaw Bogdanewitsch: Mit diesem Kurs wird die Führung des Landes durchfallen, Gennadij Kosarew, 25.05.2011

[...] Der ehemalige Vorsitzende der Belarussischen Nationalbank, Professor Stanislaw Bogdanewitsch, nennt den aktuellen Kurs des Rubels »intuitiv normal«. Es ist eine andere Sache, dass die Abwertung nicht professionell durchgeführt wurde.

»Angemessen wäre es, eine Sitzung der Devisenbörse durchzuführen, alle Handelsaufträge anzunehmen, auf der Basis von Angebot und Nachfrage den Wechselkurs zu bestimmen und diesen dann in den Wechselstuben und überall zur Orientierung bekannt zu machen sowie Devisen aus dem Reservefonds zur Aufrechterhaltung des neuen Wechselkurses vorzusehen«, so beschreibt der ehemalige Vorsitzende der Nationalbank das übliche Vorgehen.

Seiner Meinung nach sollte die Regierung des Landes ein umfassendes Programm zur Bekämpfung der Krise ankündigen, in dem alle Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft und der Währung vorgesehen sind.

»Angemessen wäre es, festzustellen, welche Devisenreserven sich bis zum heutigen Tag angesammelt haben und welche Deviseneingänge, Auslandsanleihen, Kredite, direkten Investitionen im Zeitraum zwischen einem Monat und einem halben Jahr zu erwarten sind und was im Verlauf der Privatisierung verkauft wird«, bemerkt Stanislaw Bogdanewitsch.

Für wirksame Maßnahmen in der jetzigen Krisensituation hält der Experte die Beschränkung der durch Waren nicht gedeckten Geldmenge, das Einfrieren der Gehälter zumindest für Beamte in leitenden Positionen, die Reduzierung der Mitarbeiterzahlen im öffentlichen Dienst, die Einschränkung der Kreditgewährung und die Senkung der Haushaltsausgaben. Zurzeit haben die von der Regierung veranlassten Maßnahmen, nach Meinung von Stanislaw Bogdanewitsch, eher chaotischen Charakter.

»Die Bevölkerung (und auch die Unternehmer) hätte sich beruhigt, wenn sie erfahren hätte, dass die Regierung über ein kohärentes und umfassendes Antikrisenprogramm verfügt. Tatsächlich aber wurde heimlich im Regierungskabinett ein Kurs von 4.930 Belarussischen Rubeln für einen US-Dollar festgelegt. Es wurden keine Reserven für die Unterstützung des Wechselkurses bereitgestellt. Es mag sein, dass die Regierung über Reserven verfügt, aber die Öffentlichkeit ist darüber nicht informiert. Mit dieser Haltung wird die Regierung nicht durchkommen, so die Prognose des Experten. [...]

Quelle: www.zautra.by

Belorusy i rynok (Minsk)

Mit IPO, aber ohne Bananen, Irina Krylowitsch, 4.–10.07.2011

[IPO= Initial Public Offering, Börsengang, Anm. der Redaktion]

[...] Auf einer gemeinsamen Sitzung beider Parlamentskammern sind am 30. Juni, dem letzten Tag vor der Sommerpause, die Mitglieder der Regierung aufgetreten.

»Die erste Geige« sowohl in der Sitzung als auch in den Gesprächen mit den Journalisten in den Korridoren des Parlaments spielte zu Recht der erste stellvertretende Ministerpräsident Wladimir Semaschko. Er konnte nicht nur die aktuelle Situation gut erklären, sondern gab auch viele Versprechen für die Zukunft. [...]

»Das Problem liegt nicht im realen Wirtschaftssektor: Die Industrie funktioniert normal. Das Problem liegt in der nicht besonders sachkundigen Währungspolitik, und Sie wissen, was ich meine«, sagte W. Semaschko, als er den Journalisten die Gründe der aktuellen Krise verständlich machte.

Der erste stellvertretende Ministerpräsident erinnerte daran, dass in den letzten fünf Monaten der Umfang der Devisenzuflüsse nach Belarus um 65 % zugenommen hat und die Wachstumsrate des BIP sich auf 112,5 % im gleichen Zeitraum belief. [Das entspricht einem Zuwachs von 12,5 %. Anm. d. Red.] »Das ist phantastisch, das ist ein phantastisches Tempo, so was gibt es nicht mal in China. Andererseits haben wir die Währungskrise«, bemerkte W. Semaschko. »Viele beklagen sich darüber, dass der Import beschränkt ist und man nicht mal Bananen im Land kaufen kann. Was soll's, ein halbes Jahr werden wir auch ohne Bananen auskommen«, ergänzte der erste stellvertretende Ministerpräsident.

[...]

Trotz der phantastischen Wachstumsraten der Deviseneinnahmen braucht Belarus weiterhin Auslandsanleihen. Nach Meinung des Wirtschaftsministers werden bis zum Ende des Jahres noch Auslandsanleihen in der Höhe von 3 Mrd. US-Dollar notwendig sein, um die Wirtschaftsbilanz auszugleichen. »Eine größere Summe ist nicht erforderlich«, sagte Nikolaj Snopkow.

[...]

»Erwogen wird die Möglichkeit der Aufnahme eines Kredites zu akzeptablen Bedingungen im Umfang von nicht weniger als 1 Mrd. US-Dollar durch einen Warenkredit auf die Exporte von Kalidüngern oder die Aktiva von Belaruskali. Ich denke wir erhalten dieses Geld Ende Juli«, teilte Semaschko am 30. Juni mit. [...]

[Allerdings] verwarf W. Semaschko selbst diese Idee, als er erklärte, dass er den Auftrag gegeben hat, den Börsengang von Belaruskali vorzubereiten.

»Vor drei Wochen habe ich den Konzern Belneftechim [petrochemische Industrie] sowie den Direktor von Belaruskali beauftragt, den Verkauf eines Aktienpaketes an einer der Wertpapierbörsen vorzubereiten«, teilte W. Semaschko den Journalisten mit.

Seinen Worten nach ist Belarus bereit, auf den Auslandsmärkten 10–15 % der Aktien von Belaruskali anzubieten. Dabei »gehen wir von einem Wert von Belaruskali von nicht weniger als 30 Mrd. US-Dollar aus und dieser Preis wird von Monat zu Monat steigen.«

Noch eine sensationelle Neuheit ist, dass der Börsengang von Belaruskali nach dem ersten Börsengang eines belarussischen Unternehmens überhaupt erfolgen wird, wofür BelAZ [belarussisches Automobilwerk] ausgewählt wurde, dessen Börsengang noch bis zum Jahresende erfolgen könnte.

[...]

W. Semaschko meint, dass »die Möglichkeit der Einwerbung ausländischer Investitionen im erforderlichen Umfang« in diesem Jahr gegeben sein wird. Es handelt sich dabei um ausländische Direktinvestitionen im Umfang von 6,5 Mrd. US-Dollar. Seinen Worten nach ist diese Aufgabe »sehr herausfordernd, aber das Potenzial ist vorhanden und die entsprechenden Verhandlungen laufen.«

Dabei betonte er, dass »juristische Personen, die keiner staatlichen Behörde unterstehen [Privatunternehmen], in den ersten fünf Monaten [des Jahres] 634 Mio. US-Dollar, und die staatlichen Unternehmen 54 Mio. US-Dollar eingeworben haben«. »Die Arbeitsbedingungen sind identisch, aber die Ergebnisse sind diametral entgegengesetzt«, wunderte sich der erste stellvertretende Ministerpräsident, aus unerfindlichen Gründen.

Quelle: <http://belmarket.by/ru/132/55/10425>

Naviny.by

Das Währungsdefizit tötet den Import, Dmitrij Sajaz, 30.06.2011

[...] Große Freude ruft in der Regierung die Tatsache hervor, dass in den ersten fünf Monaten des Jahres zum ersten Mal seit vielen Jahren die Wachstumsraten der Exporte über denen der Importe lagen – und zwar um 4,5 %. »Wir sind der Meinung, dass dies ein Ergebnis der Regierungsmaßnahmen in der aktuellen Wirtschaftssituation ist«, erklärte der Wirtschaftsminister die Veränderung in der Handelsbilanz.

In ihrer Begeisterung haben die Beamten vergessen, die Zahlen zu beachten, die zu den positiven Entwicklungen geführt haben. [...]

Wie die Internet-Zeitung Naviny.by herausgefunden hat, sind die Importe im Frühjahr drastisch eingebrochen, was der wesentliche Grund für den Rückgang des Handelsbilanzdefizites ist.

[...]

Die stellvertretende Direktorin des Forschungszentrums IPM, Irina Totschizkaja, erklärt den Rückgang der Importe damit, dass die belarussischen Unternehmen im April ihre Einkäufe von Zulieferwaren (Rohstoffe und Zubehörteile) reduziert haben.

»Bei uns ist im April im Vergleich zum März ein deutlicher Importrückgang bei Zulieferwaren zu verzeichnen«, sagt Irina Totschizkaja. Im April hat Belarus im Vergleich zum März den Import von Zulieferwaren um 200 Mio. US-Dollar verringert.

[...]

Allem Anschein nach hat sich dieser Trend vor dem Hintergrund des Devisendefizits im Mai fortgesetzt. Vor dem Hintergrund des starken Importeinbruchs sind im Mai auch die Exporte sowohl nach Russland als auch in die Länder außerhalb der GUS zurückgegangen. »Wir sollten uns bewusst machen, dass eine Reduzierung der Importe auch unsere Exporte reduziert«, betonte Irina Totschizkaja. [...]

Quelle: http://naviny.by/rubrics/economic/2011/06/30/ic_articles_113_174222/

Swobodnye nowosti-pljus

IWF-Kredit: Ohne Politik und außerhalb der Wirtschaft, Nikolaj Ogorodnikow, 20.06.2011

Die Absicht der belarussischen Regierung, sich an den Internationalen Währungsfonds zu wenden, um einen Kredit zu bekommen, hat einen Sturm von Kommentaren und Prognosen ausgelöst.

Alle betrachten diese Anfrage entweder von der politischen oder von der wirtschaftlichen Seite. Wenn man sie jedoch von der bürokratischen Seite betrachtet, kann man sicher sagen, dass der Kredit gewährt wird.

Für die positive Entscheidung über die Kreditvergabe durch den Internationalen Währungsfonds [IWF] sprechen wichtige Hinweise. [...]

Im Rahmen des ersten IWF-Programms zur Einrichtung einer Kreditlinie (standby) erhielt Belarus 2,27 Mrd. SDR [Special Drawing Rights] in den Jahren 2009/10, was derzeit etwa 3,66 Mrd. US-Dollar entspricht.

Sehr interessant sieht der Zeitplan zur Begleichung der Schulden aus. 2009/10 hat Belarus ca. 80 Mio. US-Dollar an Schulden getilgt. 2011 beträgt der Umfang der Tilgungszahlungen ungefähr 82 Mio. US-Dollar. Die größten Zahlungsverpflichtungen fallen jedoch in das Jahr 2012, in dem Zahlungen von 461 Mio. US-Dollar fällig werden, sowie in das Jahr 2013 mit 1.711 Mio. US-Dollar und 2014 mit 1.368 Mio. US-Dollar. Es muss direkt gesagt werden, dass die Zahlung dieser Summen fraglich ist.

In diesem Fall wird nicht nur Belarus als Schuldner, sondern auch der IWF als Gläubiger Probleme bekommen. [...]

Niemand wünscht sich Unannehmlichkeiten wegen eines Landes, das eine fällige Zahlung nicht pünktlich leisten kann. Der sicherste und bewährteste Ausweg ist die Vergabe eines neuen Kredits, mit dessen Hilfe die Schulden aus dem ersten Kreditprogramm getilgt werden.

Deshalb haben wir große Chancen auf einen neuen Kredit, unabhängig davon, was die zahlreichen Analysten und Experten schreiben. Freilich muss man darauf vorbereitet sein, dass die Kreditsumme nur wenig höher sein

wird als die vorherige, und die Auszahlung der einzelnen Tranchen in erstaunlicher Weise mit dem Zeitplan zur Tilgung der alten Schulden übereinstimmen wird. Es ist möglich, dass der neue Kredit etwas höher ausfällt, aber es handelt sich dann um eine rein symbolische Zahl, die für unsere Wirtschaft kaum von Bedeutung sein wird. [...]

Was die Fristen angeht, ist leicht zu verstehen, dass im September dieses Jahres nicht einmal eine armselige Finanzierung zu bekommen ist. Denn gemäß dem Zeitplan, der vor vielen Jahren festgelegt wurde, wird die nächste Mission des IWF im September zu uns kommen. Aber auf die Unterzeichnung irgendwelcher Dokumente kann man erst im nächsten Jahr hoffen, wenn 461 Mio. US-Dollar zurückgezahlt werden müssen. Das ist eine beachtliche Summe.

Es gibt noch ein sogenanntes »Stahlbetonargument« dafür, dass der nächste Kredit des IWF gewährt wird. Dieses basiert auf der Rolle des russischen Finanzministers A. Kudrin, der seit vielen Jahren IWF-Vorstandsmitglied ist. Entsprechend der Tradition des IWF wird bei der Entscheidung über eine Kreditvergabe immer zuerst die Position des Vertreters des Landes berücksichtigt, das den größten Handelsumsatz mit dem antragstellenden Land hat. Dies ist Kudrin. Er stimmte für die Kreditvergabe an unser Land, wie er bereits mehrfach stolz verkündet hat. [...]

Stellen Sie sich vor, welchen Schlag es für das Image eines Vorstandsmitgliedes bedeutet, wenn das Land, das er unterstützt hat, seine Schulden nicht tilgen kann. Und Herr Kudrin ist in Finanzkreisen eine auffallende Persönlichkeit. 2010 ist er von der Zeitschrift Euromoney als bester Finanzminister des Jahres ausgezeichnet worden. [...]

Deshalb wird A. Kudrin in jedem Fall für die nächste Kreditvergabe an Belarus stimmen. Er ist nicht einfach unser Verbündeter, er ist unsere Geisel. [...]

Quelle: <http://www.sn-plus.com/economics/4247-2011-06-20-21-31-31.html>

Belorusskaja gaseta (Minsk)

«Bei uns gibt es keine Krise». Der Präsident erklärt, was passiert, Viktor Martinowitsch, 20.06.2011

Am Freitag, dem 17. Juni hat Aljaksandr Lukaschenka eine fünfstündige Pressekonferenz durchgeführt. [...]

Das wohl Bemerkenswerteste aus der ganzen Rede des Präsidenten war die Behauptung, dass »wir keine Krise haben« – »Wir haben Panik und Finanzspekulation. Es gab Panik und Finanzspekulation.« An der Panik und der Spekulation sind die gewissenlosen Massenmedien und die viel zu gesprächigen Beamten schuld, die böswillig vorge schlagen haben, die Gürtel enger zu schnallen. [...]

Unser Wirtschaftsmodell ist genau das, was wir brauchen, hat doch eine ganze Reihe anderer Länder daraus einige »Grundsätze« übernommen. »Wir werden keinen Schritt von unserem sozial-wirtschaftlichen Modell abweichen. Wir gingen unseren Weg und werden diesen Weg weiter gehen«, hat das Staatsoberhaupt betont.

Auf diese Weise wurden diejenigen schwer enttäuscht, die erwartet hatten, dass die Krise (genauer gesagt, nicht die Krise, sondern die Folgen der Panik und Spekulation) Belarus auf den Weg der Privatisierung und der strukturellen Reformen bringen würden. [...]

Die überzeugendste der angekündigten Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Krise, falls »die Folgen der Panik und Spekulation« unser Land nicht in Ruhe lassen, ist die vollständige Schließung der Grenzen. »Wenn die Katastrophe eintritt, werden wir die Grenzen schließen und auf Importe verzichten«, versprach Aljaksandr Lukaschenka und ergänzte »momentan haben wir genug zum Anziehen und zum Essen«.

Es gab auch andere Maßnahmen zur Krisenbekämpfung, die nicht direkt erwähnt, aber in der Rede ziemlich klar angedeutet wurden. In erster Linie geht es um die Wiederherstellung der guten nachbarschaftlichen Beziehungen mit dem Westen, was nicht so sehr bei der Gewährung des nächsten IWF-Kredites helfen soll, als vielmehr unsere russischen Partner bei ihren Geboten für belarussische Aktiva gefügiger machen wird. Es ist klar, dass wir von den Russen mehr Geld für Belaruskali bekommen, wenn an der Privatisierungsauktion nicht nur Russen, sondern auch westliche Unternehmen teilnehmen können.

Folgende Andeutungen waren an den Westen adressiert: Erstens könne Belarus darüber nachdenken, anstelle der 2010 geschlossenen OSZE-Mission einen Vertreter der OSZE im Land arbeiten zu lassen. [...] »Wenn die Europäische

Union über unsere großen Interessen entscheiden wird und uns sagt: «Erlauben Sie irgendeine Vertretung der OSZE, und Sie erhalten einen Kredit.» Das ist kein Problem, sollen Sie kommen, wir werden einen Raum zur Verfügung stellen und sie können ein, zwei Jahre arbeiten.« Wie viele Milliarden Euro die Europäer für die ein, zwei Jahre Arbeit der beratenden Beobachtergruppe der OSZE in Minsk bezahlen sollen, hat der belarussische Chef nicht erwähnt.

Die zweite dicke Andeutung war die erneut genannte Möglichkeit der Haftentlassung der wegen »der Ereignisse am 19. Dezember« Verurteilten. »Wenn es eine solche Anfrage gibt, werde ich sie bearbeiten« sagte der Präsident. »Wir werden sie nicht im Gefängnis behalten. Zu groß wäre die Ehre für sie, unsere Gefängnisse zu schänden, dort sitzen verdiente Menschen.« [...]

Quelle: <http://belgazeta.by/20110620.24/020030141/>

Delowaja gaseta (Minsk)

Der einheitliche Kurs wird vom Markt bestimmt, 04.07.2011

Das Angebot an frei konvertierbaren Devisen an der belarussischen Börse schrumpft weiter. Inzwischen können Importeure Devisen auf dem außerbörslichen Schwarzmarkt zum Marktkurs kaufen, der begonnen hat sich zu stabilisieren. [...]

Nach Daten aus Bankkreisen lag der Kurs des US-Dollars auf dem außerbörslichen Schwarzmarkt Anfang Juli im Bereich von 6.800 bis 7.000 [Belarussischen] Rubeln. [...]

»Heute werden US-Dollar zum Kurs von 6.800 bis 6.900 angeboten. Der Dollarkurs hat sich stabilisiert und steigt nicht mehr«, teilte die stellvertretende Wirtschaftsdirektorin eines großen Vertragshändlers mit. Dabei betonte sie, dass es zurzeit kein Devisendefizit mehr wie im Mai gibt. Die Importeure haben die Möglichkeit auf dem außerbörslichen Schwarzmarkt Devisen zum Marktkurs zu erwerben.

Die Wege, mit deren Hilfe Importeure auf dem Schwarzmarkt Devisen erwerben, sind sehr unterschiedlich. Einer der verbreiteten Wege besteht im Kern darin, dass ein Teil des Geschäftes über eine Bank zum offiziellen Kurs abgewickelt wird und anschließend der Importeur dem ausländischen Lieferanten die Differenz zwischen dem offiziellen Kurs und dem [Schwarz]Marktkurs bezahlt. [...]

Die belarussischen Vertragshändler erklären, dass die heute existierende Vielfalt der Kurse den legal agierenden Unternehmen schadet, da sie gegenüber den am Schwarzmarkt operierenden Unternehmen nicht konkurrenzfähig sind.

Jedoch bedeutet die Einführung eines wirtschaftlich fundierten einheitlichen Devisenkurses anscheinend die Liberalisierung des Devisenmarktes innerhalb von sechs Monaten. So teilte der stellvertretende Ministerpräsident Wladimir Semaschko Ende Juni mit, dass die Regierung die Einführung eines einheitlichen Devisenkurses zum Jahresende beabsichtigt.

»Die Wahrscheinlichkeit, dass bis zum Jahresende ein einheitlicher Kurs eingeführt wird, ist ziemlich hoch. Dies ist eine Bedingung für die Gewährung eines Kredites sowohl aus dem Osten als auch aus dem Westen«, sagt M. Akulowa [eine belarussische Wirtschaftsexpertin].

Walerij Polchowski [ein belarussischer Finanzexperte] meint, dass Belarus mit dem Verkauf von Beltransgas [staatlicher Pipelinebetreiber], einem IWF-Kredit sowie einem Kredit des Antikrisen-Fonds der EAWG [Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft] bis zum Jahresende insgesamt ca. 4 Mrd. Dollar erhalten kann, was für die Wiederaufnahme von Interventionen am Devisenmarkt ausreichen würde.

Bei den belarussischen Banken weist man jedoch darauf hin, dass die Wahrscheinlichkeit der Einführung eines einheitlichen Devisenkurses bis zum Jahresende sehr gering sei, wenn die Privatisierung von Staatsaktiva in diesem Jahr nicht stattfindet. [...]

Quelle: <http://bdg.by/news/finance/15275.html>

*Zusammenstellung: Astrid Sahn
Übersetzung aus dem Russischen: Lina Pleines*

Konfliktreiche Energiepolitik in Belarus

Von Andreas Heinrich, Bremen

Zusammenfassung

Belarus ist bei Energierohstoffen fast vollständig auf Importe angewiesen. Sein Hauptlieferant ist Russland. Gleichzeitig ist Belarus auch ein wichtiges Transitland für russische Erdöl- und Erdgasexporte nach Westeuropa. Neben politischem Kalkül ist diese Tatsache ein wichtiger Grund dafür, dass Russland das Land mit verbilligten Rohstofflieferungen versorgt und damit indirekt die belarussische Volkswirtschaft subventioniert. Diese bevorzugte Behandlung hat aber nicht zu harmonischen Energiebeziehungen zwischen den beiden Ländern geführt. Vielmehr sind ständig wiederkehrende Konflikte an der Tagesordnung, die auch andere Abnehmerländer russischer Energieexporte in Mitleidenschaft gezogen haben.

Belarus: rohstoffarm und importabhängig

Die Energiepolitik des Regimes von Präsident Aljaksandr Lukaschenka ist von wiederkehrenden Konflikten mit seinem Hauptlieferanten Russland gekennzeichnet. Diese Konflikte und die gleichzeitige Politisierung der Energiebeziehungen zwischen beiden Ländern hatten wiederholt negative Auswirkungen auf die europäische Energiesicherheit. Diese konfliktbeladene Energiepolitik von Belarus soll im Folgenden analysiert werden.

Nach Angaben der International Energy Agency in Paris setzte sich der Primärenergieverbrauch von Belarus 2008 zu rund 63 % aus Erdgas und zu rund 30 % aus Erdöl zusammen. Erneuerbare Energien spielen nur eine sehr untergeordnete Rolle. Der hohe Erdgasanteil ergibt sich aus der Tatsache, dass die belarussische Strom- und Fernwärmeerzeugung zu 96 % durch Gaskraftwerke erfolgt.

Hinzu kommt, dass eine der bedeutendsten Industrien in Belarus die Erdölverarbeitung ist. Belarus verfügt über zwei große Raffinerien, Masyr und Nawapolazk. Diese waren lange Zeit schlecht ausgelastet. Seit dem Jahr 2000 ist der Durchsatz der beiden Raffinerien aber stark angestiegen und erreichte 2006 insgesamt 21,3 Mio. Tonnen Rohöl. Der Anteil der Erdölprodukte an den belarussischen Gesamtexporten stieg seit 2003 stark an und erreichte 2005 34,4 % der Gesamtexporte, was erstmals zu einer positiven Handelsbilanz des Landes führte.

Belarus selbst verfügt aber nur über geringe Vorkommen an Primärenergieträgern, die zudem bald erschöpft sind. Daher muss Belarus rund 99 % des konsumierten Erdgases sowie ca. 90 % des Erdöls importieren. Der Hauptlieferant dieser Rohstoffe ist Russland.

Bedeutung als Transitland

Als Gegengewicht zur starken Importabhängigkeit des Landes von Russland kann seine große Bedeutung als Transitland für russische Energieexporte nach Europa

angesehen werden. Insgesamt führen eine große Erdöl-exportpipeline und zwei Erdgasexportpipelines durch belarussisches Territorium. Damit hat Belarus beim Erdöl einen Anteil von etwa 40 % und beim Erdgas einen Anteil von etwa 25 % an den Kapazitäten russischer Exportpipelines.

Russisches Erdöl wird durch die »Freundschaft«-Pipeline (Drushba) über Belarus nach Polen und Deutschland transportiert. Anstatt der ursprünglichen Kapazität von 72 Mio. Tonnen pro Jahr können durch die zu Zeiten der Sowjetunion gebaute Pipeline heute allerdings aufgrund jahrelanger Vernachlässigung und fehlender Investitionen nur noch rund 60 Mio. Tonnen pro Jahr transportiert werden.

Nach Inbetriebnahme der zweiten Trasse des Baltic Pipeline System (BPS), welche für 2012 geplant ist, rechnet die belarussische Regierung mit einer Reduzierung des Transits russischen Erdöls durch Belarus. Mit BPS wird russisches Rohöl aus Westsibirien unter Umgehung von Transitländern über die Ostsee exportiert.

Die ebenfalls aus der Sowjetzeit stammende »Nordlicht«-Pipeline mit einer Kapazität von 25 Mrd. Kubikmeter pro Jahr transportiert russisches Erdgas in die Baltischen Staaten, die Region Kaliningrad sowie in die Ukraine und nach Mitteleuropa. Seit 1999 führt zusätzlich die Jamal-Europa-Pipeline durch Belarus. Mit einer jährlichen Kapazität von 33 Mrd. Kubikmeter transportiert sie russisches Erdgas nach Polen und Deutschland. Beide Pipelines arbeiten allerdings nicht unter voller Auslastung.

Beltransgas ist der Eigentümer und Betreiber des wichtigsten und größten Gaspipelinennetzes in Belarus. Die Jamal-Europa-Pipeline wird auch von Beltransgas betrieben, sie gehört allerdings dem russischen Gasunternehmen Gazprom. Der Import von russischem Erdgas sowie der Transit durch Belarus zu europäischen Abnehmern werden gemeinsam in bilateralen Abkommen zwischen den beteiligten Regierungen und Unternehmen geregelt.

Energiekonflikte

Seit dem Ende der Sowjetunion erhält Belarus energetische Ressourcen zu Vorzugspreisen aus Russland, die für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes von vitaler Bedeutung sind. Russland versprach sich von diesen indirekten Subventionen politische Unterstützung von Belarus für seine Außenpolitik sowie sichere Transportwege für seine Energieexporte nach Westeuropa, nicht zuletzt durch die angestrebte Kontrolle des Pipelinebetreibers Beltransgas.

Diese Subventionierung der belarussischen Volkswirtschaft durch Russland erwies sich zunehmend als Konfliktquelle zwischen den beiden Staaten, nicht zuletzt aufgrund wiederholt auftretender Zahlungsprobleme seitens Belarus. Da auch die erhofften Gegenleistungen weitgehend ausgeblieben sind, ging Russland – wie schon im Fall der Ukraine – dazu über, Subventionen abzubauen. Im März 2010 erklärte der russische Ministerpräsident Wladimir Putin, dass Russland die belarussische Wirtschaft durch billige Energieträger mit etwa 4,2 Mrd. US-Dollar jährlich subventioniere.

Die sich entwickelnden Konflikte hatten weitreichende Konsequenzen für die Energieversorgung nicht nur in Belarus selbst, sondern aufgrund der Bedeutung von Belarus als Transitland auch in anderen europäischen Abnehmerländern. Sie sollen im Folgenden kurz skizziert werden.

Erdgas

Seit 2002 zahlt Belarus für seine Erdgasimporte aus Russland nur den subventionierten russischen Inlandspreis anstatt des deutlich höheren russischen Exportpreises. Als Gegenleistung für die Vorzugspreise verlangte der russische Erdgaskonzern Gazprom die Übernahme eines Anteils an dem staatlichen Pipelinebetreiber Beltransgas im Zuge der Privatisierung.

Belarus verzögerte jedoch zuerst die Privatisierung und war dann mit dem von Gazprom gebotenen Preis nicht einverstanden. Als Reaktion erhöhte Gazprom den Lieferpreis und stellte dann zum Jahresbeginn 2004 die Erdgasversorgung von Belarus ein, nachdem sich Belarus geweigert hatte, den höheren Preis zu zahlen. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich Belarus und Gazprom Mitte 2004 auf neue Erdgaspreise, wobei gleichzeitig die Transitgebühren erhöht wurden. Die Privatisierung von Beltransgas wurde in dem Abkommen allerdings ausgeklammert.

Die russische Regierung beschloss 2005 die Inlandspreise für Erdgas bis 2011 auf Marktniveau ansteigen zu lassen. Damit war indirekt auch die Subventionierung der Lieferungen an Belarus betroffen. Gleichzeitig entschied sich Gazprom, seine Lieferpreise innerhalb der GUS schrittweise an das europäische Niveau anzupas-

sen, welches damals um ein Fünffaches über den belarussischen Preisen lag. Vor diesem Hintergrund versuchte Gazprom erneut, die Kontrolle über Beltransgas zu übernehmen, indem der Konzern anbot, die Kaufsumme mit den Erdgaslieferungen zu verrechnen.

Nach zähen Verhandlungen wurde zum Jahresende 2006 ein neuer Vertrag unterzeichnet, der die russische Subventionierung der Erdgaspreise für Belarus bis 2011 schrittweise reduzierte. Der Erdgaspreis sollte bis 2011 europäisches Niveau erreichen. Belarus erklärte sich damit einverstanden, wollte aber im Gegenzug die Transitgebühren von 0,75 auf 1,45 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter pro 100 Kilometer erhöhen. Im Mai 2007 wurde dann der Verkauf von 50 % der Aktien von Beltransgas an Gazprom für 2,5 Mrd. US-Dollar vereinbart, der ebenfalls schrittweise bis 2010 erfolgte.

In der ersten Hälfte des Jahres 2010 setzte Belarus eine vertraglich vereinbarte quartalsweise Preissteigerung aus und zahlte weiterhin den niedrigeren Gaspreis des letzten Quartals. Die sich so anhäufenden Schulden veranlassten den russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew Belarus am 15. Juni 2010 ein Ultimatum zu stellen. Falls Belarus seine Schulden von 190 Mio. US-Dollar für russische Erdgaslieferungen nicht innerhalb von fünf Tagen begleichen werde, würde Russland seine Erdgaslieferungen um 85 % kürzen. Belarus verlangte im Gegenzug von Gazprom die Begleichung von 200 Mio. US-Dollar Schulden für den Erdgastransit. Gazprom warf Belarus vor, die Überweisung des Geldes zu blockieren.

Da das russische Ultimatum auf diese Weise ergebnislos verstrich, forderte Medwedew Gazprom auf, die Erdgaslieferungen an Belarus zu reduzieren. Innerhalb von drei Tagen wurde eine Reduzierung um 60 % vorgenommen. Bereits am zweiten Tag ordnete Lukaschenka die Einstellung des Erdgastransits an, bis Gazprom seine Schulden beglichen habe. Tatsächlich reduzierte Belarus den Transit allerdings nur proportional zu den russischen Kürzungen. Durch diese Kürzungen kam es zu Lieferausfällen in Polen und Litauen.

Am 24. und 25. Juni 2010 beglichen Belarus und Gazprom ihre jeweiligen Schulden. Eine vorläufige Einigung über eine Konkretisierung der Transitgebühr wurde erreicht.

Da der alte Erdgasbelieferungsvertrag aus dem Jahr 2006 im Dezember 2011 ausläuft, wurden bereits im April 2011 Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Belieferungsvertrages für den Zeitraum 2012 bis 2014 aufgenommen. Frühzeitige Verhandlungen sollen Lieferunterbrechungen wie 2006 in der Ukraine vermeiden helfen.

Trotz aller Streitigkeiten in den letzten Jahren zahlt Belarus nach wie vor den niedrigsten Preis für russi-

sches Erdgas in der ehemaligen Sowjetunion. Dennoch beabsichtigt Belarus Verhandlungen über eine Absenkung des Preises um rund 15 % zu führen. Gleichzeitig plant Belarus die Transitgebühren für russisches Erdgas 2012 zu erhöhen. Bereits 2011 wurden die Gebühren auf 2 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter pro 100 Kilometer angehoben. In Zukunft möchte Belarus einen Preis von 2,50 US-Dollar erzielen (einen Preis, den die Ukraine bereits jetzt erzielt). Damit scheinen weitere Konflikte vorprogrammiert zu sein.

Erdöl

Auch für russisches Erdöl zahlte Belarus seit 1995 (nach Unterzeichnung eines bilateralen Abkommens zur Schaffung einer Zollunion) nur den russischen Inlandspreis. Um russische Erdölfirmen zur Belieferung der eigenen Raffinerien zu motivieren, setzte Belarus vertragswidrig niedrigere Exportzölle für Erdölprodukte als Russland an. Der Export von Erdölprodukten aus belarussischen Raffinerien nach Europa war somit für Belarus wie auch für die russischen Erdölunternehmen vorteilhaft: Die russischen Unternehmen profitierten von niedrigeren Zollsätzen und damit erhöhter Wettbewerbsfähigkeit auf dem europäischen Markt, gleichzeitig wurde Belarus seit Ende der 1990er Jahre zu einem großen Exporteur von Erdölprodukten. Die erdölverarbeitende Industrie wurde damit zur profitabelsten Branche des Landes, die 2006 rund 38 % der belarussischen Exporte erzeugt.

Durch diese Maßnahmen gingen dem russischen Staat allerdings erhebliche Zolleinnahmen verloren. Aber erst 2004 im Zusammenhang mit stark steigenden Weltmarktpreisen verlangte Russland zum ersten Mal von Belarus die Einhaltung der Zollabkommen. Verhandlungen über eine Neuregelung begannen im Herbst 2006. Da Belarus jedoch seine günstigeren Zollsätze beibehielt, reagierte Russland zum Jahresbeginn 2007 mit der Einführung eines Zolles für Erdöllieferungen nach Belarus, der die Einnahmeverluste kompensieren sollte.

Belarus reagierte jedoch sofort mit der Einführung einer Zollabgabe auf den russischen Erdöltransit. Dies führte zu einer Aussetzung der Transitlieferungen an europäische Abnehmer. Erst nach zehn Tagen einigten sich die beiden Länder auf die Abschaffung des Transitzolls, was eine Wiederaufnahme der Erdöllieferungen ermöglichte.

Mitte Januar 2007 kam es zu einem neuen Besteuerungsabkommen für russische Öllieferungen an Belarus. Der russische Nachbar musste von nun an 29,3 % des weltweit gültigen Zollsatzes für russisches Öl entrichten. Gleichzeitig wurde die Harmonisierung der belarussischen Zölle beschlossen. Russland behielt sich allerdings das Recht vor, die Zollsätze zu erhöhen, sollte Belarus

seinen Verpflichtungen nicht nachkommen. Die eingeführten Zölle machten die belarussischen Raffinerien weniger wettbewerbsfähig, woraufhin die Regierung Subventionen einführte.

Mit dem Auslaufen des alten Erdölvertrages zum Jahresende 2009 verlangte Belarus erneut eine Abschaffung der russischen Zölle auf Erdöllieferungen an die Raffinerien des Landes. Russland bot an, Belarus im Jahr 2010 mit 6,3 Mio. Tonnen Erdöl zollfrei zu beliefern. Belarus hingegen forderte eine zollfreie Lieferung von insgesamt 30 Mio. Tonnen Rohöl für 2010. Als keine Einigung erreicht wurde, kürzte Russland zum Jahresbeginn 2010 seine Erdöllieferungen und führte zusätzlich einen Exportzoll auf Erdölprodukte ein. Folge waren steigende Preise für Erdölprodukte auf dem belarussischen Binnenmarkt und Verluste der Raffinerien des Landes. Im Gegenzug erhöhte Belarus die Transitgebühren für russisches Erdöl einseitig um 11 %.

Ende Januar 2010 konnte sich Russland allerdings durchsetzen und seine Bedingungen vertraglich festschreiben. Eine von Russland angestrebte Übernahme der belarussischen Raffinerien gelang jedoch nicht, da Belarus hierfür als Voraussetzung die Abschaffung aller Zölle verlangte.

Im Mai und Juni 2010 kam es erneut zum Streit über Exportzölle und über die Preise für russisches Erdöl. In der Folge erhöhte Belarus zum 1. Juli 2010 die Transitgebühr für Ölprodukte um 12,7 %. Ende 2010 hatten Belarus und Russland eine Übereinkunft über den Import und Transit russischen Erdöls erzielt. Diese Übereinkunft konnte aber nicht auf der Unternehmensebene umgesetzt werden, weil russische Erdölfirmen und der Betreiber der beiden größten belarussischen Raffinerien, Belneftechim, sich nicht einigen konnten. Daraufhin stoppte der russische Pipelinebetreiber Transneft am 1. Januar 2011 die Belieferung der belarussischen Raffinerien.

Da sich Transneft im Dezember 2010 aber zu einer Erhöhung der Transitgebühren für russisches Erdöl durch Belarus um 12,5 % aufgrund der gestiegenen Stromkosten für den Transit bereiterklärte hatte, war der Erdöltransit nach Westeuropa von diesem Konflikt nicht betroffen.

Ende Januar 2011 setzte Transneft die Belieferung der beiden größten belarussischen Raffinerien nach fast einem Monat Unterbrechung wieder fort, nachdem eine neue Preisregelung mit den russischen Erdölfirmen gefunden worden war. Die neuen Preisvereinbarungen sind nicht im Detail bekannt gegeben worden, es steht aber zu vermuten, dass sich die russischen Firmen mit niedrigeren Preisen zufrieden geben mussten als ursprünglich gefordert. Im Dezember 2010 hatten die russischen Produzenten eine Preiserhöhung von

45 US-Dollar pro Tonne Rohöl verlangt. Es wird vermutet, dass die russische Regierung auf eine Einigung gedrängt und Druck auf die russischen Erdölfirmer ausgeübt hat.

Energiesicherheit

Um seine Importabhängigkeit zu verringern, plant Belarus seine russischen Erdgasimporte um 10 Mrd. Kubikmeter pro Jahr zu reduzieren. Zurzeit verfügt das Land aber über keine alternativen Lieferanten. Daher kann diese Reduzierung nur durch Energieeinsparungen erreicht werden. Insgesamt beabsichtigt Minsk den Anteil russischen Erdgas am Gesamtenergieverbrauch von derzeit 94 % auf 55 % zu reduzieren, vor allem durch die Steigerung der Energieeffizienz, den Ausbau erneuerbarer Energien und der Atomkraft, den Bau eines neuen Kohlekraftwerks sowie durch die Nutzung alternativer Bezugsquellen für Erdöl und Erdgas. Dieses Vorhaben erscheint unrealistisch.

Energieeffizienz

Die Politik der Energieeffizienz hat eine hohe Priorität in Belarus, nicht zuletzt unter dem Aspekt der Gewinnung politischen Spielraums gegenüber Russland. Seit 1996 wurde die direkte Korrelation zwischen wachsendem Bruttoinlandsprodukt und steigendem Energieverbrauch durchbrochen. Die Energieintensität der belarussischen Wirtschaft, gemessen als Gesamtverbrauch von Primärenergie pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts in Tonnen Öläquivalent (TÖE) pro 1.000 US-Dollar, hat sich zwischen 1992 und 2007 mehr als halbiert (0,34 TÖE pro 1.000 US-Dollar). Trotzdem hat Belarus nach wie vor eine fast zweieinhalb Mal höhere Energieintensität bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt als die EU-27 mit 0,14 TÖE pro 1.000 US-Dollar.

Bedeutende Einsparpotenziale ergeben sich vor allem bei der Fernwärmeerzeugung, hier wird eine Umwandlung von Heizwerken in Heizkraftwerke empfohlen, und durch die Aufhebung der Subventionen für Gas, Wasser und Strom sowie die Gebäudesanierung. Das durch die Abschaffung der Subventionen gesparte Geld könnte zur Begleichung der immer wieder auftretenden Zahlungsrückstände für Energielieferungen genutzt werden, die die Energiebeziehungen zu Russland in den letzten Jahren wiederholt belastet haben.

Zwar bemüht sich Belarus um die Steigerung seiner Energieeffizienz, gleichzeitig aber wird der Verbrauch von Erdgas und Strom für Industrie und Endverbraucher subventioniert. Diese Subventionen dürfte das autoritäre Regime in Belarus auch weiterhin beibehalten, um den sozialen Frieden zu bewahren und unrentable Betriebe am Leben zu erhalten.

Alternative Bezugsquellen

Um kurzfristig die Abhängigkeit von Importen aus Russland zu reduzieren, bemüht sich Belarus um alternative Bezugsquellen. Im Mai 2010 schlossen Belarus und Venezuela einen Vertrag über die Lieferung venezolanischen Erdöls an belarussische Raffinerien. Bis dahin (bis zum Konflikt über die Preise für russisches Erdöl im Mai 2010) war Belarus komplett von russischen Erdöllieferungen abhängig. Seit dem Abschluss des Liefervertrags mit Venezuela haben die russischen Lieferungen um rund 40 % abgenommen.

2010 erfolgte der Transport von insgesamt 4 Mio. Tonnen venezolanischen Erdöls per Eisenbahn vom ukrainischen Hafen Odessa und vom litauischen Terminal in Klaipeda aus. 2011 wurde der Import venezolanischen Erdöls auf 10 Mio. Tonnen ausgeweitet. Bis 2013 sollen insgesamt 30 Mio. Tonnen geliefert werden. Dabei werden jährlich 8 Mio. Tonnen über Odessa und 2 Mio. Tonnen über Klaipeda angeliefert.

Seit Jahresbeginn 2011 wird zusätzlich die Odessa-Brody-Pipeline genutzt; von Brody in Polen wird das Erdöl per Eisenbahn weitertransportiert. Dies führte zu einer deutlichen Senkung der Transportkosten. Auch wurde das Abkommen erweitert: 4 Mio. Tonnen aserbaidischen Erdöls werden durch die Ukraine in die Raffinerie Masyr geliefert. Im Gegenzug vermarktet die aserbaidische Erdölgesellschaft SOCAR venezolanisches Erdöl in Nordamerika.

Die Rentabilität der Belieferung belarussischer Raffinerien mit venezolanischem Erdöl ist fraglich. Die Einigung auf den Tauschhandel zwischen Venezuela und Aserbaidschan könnte die Wirtschaftlichkeit des Unterfangens allerdings erhöht haben.

Bei seiner verstärkten Suche nach Alternativen zu russischem Erdgas ist in Belarus auch Flüssiggas im Gespräch. So hat die Ukraine Belarus zur Beteiligung am Bau eines Flüssiggasterminals nahe Odessa eingeladen. Die Fertigstellung des Projekts ist für 2014 geplant und soll eine Kapazität von 10 Mrd. Kubikmeter pro Jahr haben.

Aserbaidschan hat seine Absicht bekundet, in rund 5 bis 6 Jahren jährlich eine Menge von 5 Mrd. Kubikmeter Flüssiggas zu liefern. Aserbaidschanisches Flüssiggas würde in einer Anlage im georgischen Kulevi hergestellt. Über die Errichtung dieser Anlage haben sich Georgien, Aserbaidschan, Rumänien und Bulgarien im April 2011 verständigt. Gleichzeitig ist auch der Bau einer Flüssiggasanlage an der Ostsee (Klaipeda) mit Litauen und Polen im Gespräch.

Bei all diesen Projekten wurde allerdings nicht verlaublich, wie die Finanzierung sichergestellt werden soll und welcher Anteil des Flüssiggases für Belarus zur Verfügung stehen könnte. Die Investitionskosten

für Flüssiggasanlagen sind sehr hoch, die Technologie aufwendig.

Alternative fossile Brennstoffe

Die belarussische Regierung plant, durch den Einsatz von regionalen Energiequellen, vor allem Biomasse, Torf und Braunkohle, bis 2012 ein Viertel der Strom- und Wärmeenergie zu erzeugen. Zusätzlich soll durch den Bau eines neuen Kohlekraftwerks in Selwa (Bezirk Hrodna) der Verbrauch von Erdgas reduziert werden. Das Einsparpotenzial wird mit rund 1,68 Mrd. Kubikmeter pro Jahr angegeben. Dazu werden Investitionen in Höhe von 1,3 Mrd. US-Dollar benötigt und der Bau wird nicht vor 2015 abgeschlossen sein. Die benötigte Kohle soll aus Polen importiert werden. Rund 10 % des Brennstoffs für das Kraftwerk soll aus heimischem Torf bestehen. Damit könnte der Importbedarf russischen Erdgases zwar leicht gesenkt werden, nichtsdestotrotz werden auch für den Kauf polnischer Kohle Devisen benötigt, die Belarus nicht in ausreichender Menge erwirtschaftet.

Neben dem verstärkten Einsatz von Kohle und Torf versucht Belarus auch die Erschließung unkonventioneller Energien voranzutreiben. So bemüht sich das Land Investitionen in Milliardenhöhe für den Abbau seiner Schieferöl-Vorkommen anzuziehen. Die Gesamtvorkommen werden auf 8,8 Mrd. Tonnen geschätzt, von denen rund 3,6 Mrd. Tonnen wirtschaftlich abbaubar sind. Die belarussischen Vorkommen weisen allerdings starke Verunreinigungen durch Asche und einen hohen Schwefelgehalt auf. Diese vergleichsweise geringen Vorkommen lassen sich allerdings nur bei verhältnismäßig hohen Weltmarktpreisen für Erdöl rentabel ausbeuten.

Atomkraft

Seit den Gasstreitigkeiten von 2007 hat die belarussische Regierung die Entwicklung der Atomenergie voran-

getrieben. In Belarus soll im Herbst 2012 mit dem Bau des ersten Atomkraftwerkes begonnen werden. Den Auftrag dazu bekam der russische Energiekonzern Rosatom. Der Vertrag wurde am 15. März 2011 unterzeichnet, ungeachtet des Reaktorunfalls in Japan. Neben den hohen Investitionskosten sind bei dieser Energieform auch die Folgekosten in Form von Endlagerung und möglicher Strahlenschäden zu beachten. Die Hinwendung zur Atomkraft ist ein Kapitel für sich und wird zumindest in den westlichen Nachbarstaaten von Belarus kontrovers beurteilt.

Resümee

Die Energiebeziehungen zwischen Belarus und Russland sind von wiederkehrenden Konflikten gekennzeichnet, die durch eine Politisierung beiderseits noch verschärft werden. Belarus versucht der Situation Herr zu werden, indem es sich bemüht, seine Importabhängigkeit von Russland zu reduzieren. Gleichzeitig versucht das Land aber weiterhin Zugeständnisse und Vorzugspreise für Energielieferungen zu erhalten, ohne seine Energiepolitik auf eine solide Basis zu stellen, Zahlungsrückstände zu vermeiden und Vertragsbrüche zu unterlassen.

Da sich die Importabhängigkeit von russischen Energieträgern nur bedingt reduzieren lassen wird, ist eine Änderung der Energiebeziehungen zwischen beiden Ländern wichtig, um Konflikte und in deren Folge Lieferunterbrechungen, die auch andere Abnehmerländer in Europa treffen könnten, zu vermeiden. Dazu wäre es notwendig, dass beide Seiten davon Abstand nehmen, Energielieferungen bzw. den Energietransit für ihre politischen Ziele zu benutzen.

Über den Autor:

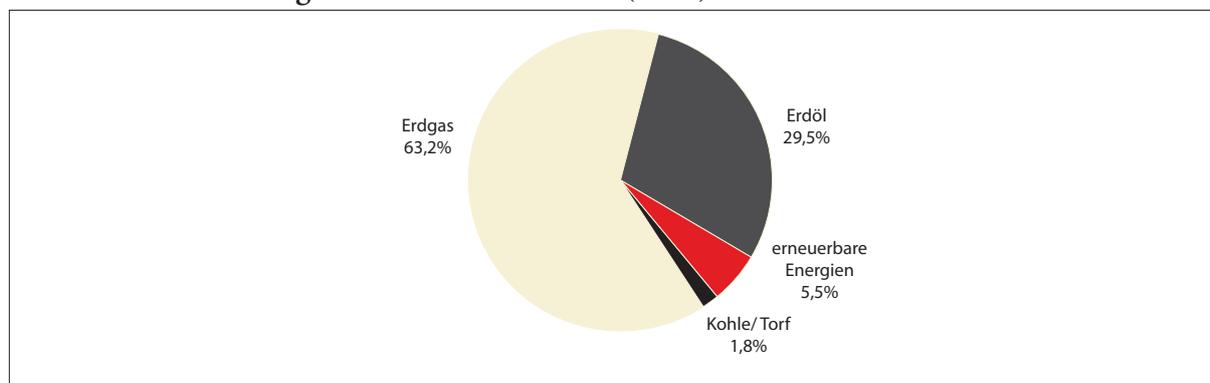
Dr. Andreas Heinrich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Im zweiten Halbjahr 2011 ist er im Rahmen des E.ON Ruhrgas Scholarship Programme Gastwissenschaftler am Norwegian Institute for Defence Studies in Oslo.

Lesetipp:

- Katerina Malygina, Spannungen mit Belarus: Energiestreit statt Zollunion, *Russland-Analysen*, Nr. 204, 2. Juli 2010, S. 17–19.
- Elena Rakowa, Planwirtschaft mit marktwirtschaftlichen Elementen, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 24–26, 14.06.2011.

Energiebilanz Belarus

Grafik 1: Primärenergieverbrauch von Belarus (2008)



Quelle: International Energy Agency.

Tabelle 1: Energiebilanz Belarus

	Einheit	1992	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Erdölproduktion	Mio. t	2,1	1,7	1,7	1,6	1,7	1,8	1,8	1,7	1,5
Erdölverbrauch		18,7	11,4	7	8,5	8,7	8,7	8,7	8,9	7,8
Erdölimport		19,3	11,3	11,7	18,7	20,8	19,9	19,7	21,4	k. A.
Export Erdölprodukte		3,9	2,4	3,1	11,5	13,9	14,6	k. A.	k. A.	k. A.
Erdgasproduktion	Mrd. m ³	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	k. A.
Erdgasverbrauch		18,1	12,7	19,4	20,1	20,7	21,5	21	17,6	k. A.
Erdgasimport		17,8	12,4	19,2	19,9	20,6	21,4	20,9	17,4	k. A.
Stromproduktion		35,3	23,4	24,5	29,1	29,9	29,9	32,9	k. A.	k. A.
Stromverbrauch	Mrd. kWh	38,7	27	28,4	29,5	30,4	30,5	31,1	k. A.	k. A.
Stromimport		6,4	7,2	7,2	4	4,4	4,3	1,8	k. A.	k. A.

Anmerkung: Alle Werte sind gerundet. Quelle: Datenbank der US Energy Information Administration (EIA), abrufbar unter: <http://www.eia.gov/cfapps/ipdbproject/IEDIndex3.cfm>, Zugriff: 27. Juni 2011.

Tabelle 2: Belarus als Transitland für russisches Erdgas

	Russische Gasexporte (Mrd. m ³)	Gastransit durch Belarus (Mrd. m ³)	Anteil
2005	232,7	40,4	17,4%
2006	262,5	44,2	16,8%
2007	269,4	49,5	18,4%
2008	264,1	51,4	19,5%
2009	216,0	44,6	21,3%
2010	218,3	43,2	19,8%

Quellen: Gazprom Unternehmensangaben; Beltransgaz Unternehmensangaben, http://www.beltransgaz.by/finances_economics.html; eigene Berechnungen.

Russlands Erdöl-und Erdgasexportrouten

Tabelle 3: Russlands Erdöllexportrouten (Pipelinekapazität in Million Tonnen pro Jahr)

Pipeline	Route	Kapazität 2010	Kapazität 2015 (geplant)
Freundschaft (Sowjetisches Pipelinennetz)	Russland – Belarus – Ukraine – Mitteleuropa	ca. 60	ca. 60
Baltisches Pipelinesystem (seit 2001 in Betrieb)	Russland – russische Ostseeküste	76,5	114,5
ESPO-Abzweig nach China (seit 2010 in Betrieb)	Russland – China	15	30
ESPO (Inbetriebnahme geplant für 2014)	Russland – russische Pazifikküste	—	50–80
Trans-Balkan (Inbetriebnahme geplant für 2014)	Bulgarien – Griechenland	—	50
Trans-Anatolien (Inbetriebnahme geplant für 2015)	Türkei	—	50–75
Gesamtkapazität		151,5	354,5–409,5

Quelle: Forschungsstelle Osteuropa, Bremen – eigene Zusammenstellung.

Tabelle 4: Russlands Erdgasexportrouten (Pipelinekapazität in Milliarden Kubikmeter pro Jahr)

Pipeline	Route	Kapazität 2010	Kapazität 2012 (geplant)	Kapazität 2015 (geplant)
Bruderschaft (Sowjetisches Pipelinennetz)	Russland – Ukraine – Mitteleuropa	130	130	130
Nordlicht (Sowjetisches Pipelinennetz)	Russland – Belarus – Ukraine – Mitteleuropa	25	25	25
Trans-Balkan (Sowjetisches Pipelinennetz)	Russland – Ukraine – Balkan	20	20	20
Finnland Connector (Sowjetisches Pipelinennetz, ausgebaut 1999)	Russland – Finnland	20	20	20
Jamal-Europa (seit 1999 in Betrieb)	Russland – Belarus – Polen – Westeuropa	28	28	28
Blue Stream (seit 2002 in Betrieb)	Russland – Schwarzes Meer – Türkei	16	16	16
Nord Stream (Inbetriebnahme geplant für 2011)	Russland – Ostsee – Deutschland	—	27,5	55
South Stream (Inbetriebnahme geplant für 2015)	Russland – Schwarzes Meer – Balkan – Mittel- und Südeuropa	—	—	63
Altai Pipeline (Inbetriebnahme geplant für 2015)	Russland – China	—	—	30
Gesamtkapazität		239	266,5	387

Quelle: Forschungsstelle Osteuropa, Bremen – eigene Zusammenstellung.

Russische Erdöl- und Erdgaspipelines nach Europa



Quelle: Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.): Länderbericht Russland, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) 2010, S. 338. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Bundeszentrale für politische Bildung.

Vom 25. Mai bis zum 26. Juli 2011

25.5.2011	Die USA erheben Sanktionen gegen zwei belarussische Firmen, die technische Geräte exportieren. Sie sollen das Embargo gegen Iran verletzt haben. Die Lieferungen könnten laut Washington zur Produktion von Waffen eingesetzt werden.
25.5.2011	Eine belarussische Delegation unter Leitung von Präsident Lukaschenka trifft in Kasachstan zu Gesprächen ein. Die Außenminister beider Länder, Sjarhej Martynau und Jershan Kasychanow, besprechen die Zusammenarbeit beider Länder in internationalen Organisationen.
26.5.2011	Ein Minsker Gericht verurteilt die Ex-Präsidentschaftskandidaten Mikalaj Statkewitsch und Dsmityryj Uss zu fünf bzw. sechs Jahren Haft. Sie sollen Massenunruhen am Wahlabend organisiert haben. Vier weitere Oppositionelle werden zu Strafen zwischen drei und fünf Jahren Gefängnis verurteilt, ein weiterer zu zwei Jahren Hausarrest.
26.5.2011	Die hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, sowie der deutsche Außenminister Guido Westerwelle kritisieren die Verurteilung von Oppositionellen scharf. Ashton spricht von politischen Gefangenen.
27.5.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka kritisiert, einige russische und belarussische Medien würden eine öffentliche Hysterie zur Währungskrise im Land erzeugen. Deshalb sollten sie geschlossen werden. Das russische Außenministerium bedauert, dass Lukaschenka mit Verboten handeln wolle, ohne »die schwierige Situation ernsthaft zu analysieren«.
27.5.2011	Der polnische Präsident Donald Tusk und der amerikanische Präsident Barack Obama verkündeten in Washington, dass in absehbarer Zukunft eine Abteilung der amerikanischen Luftwaffe in Polen stationiert werden solle. Dies würde eine neue strategische Bedrohung für den gemeinsamen russisch-belarussischen Luftraum bedeuten.
30.5.2011	In Paris finden die turnusmäßigen Beratungen zwischen den Delegationen der Außenministerien von Belarus und Frankreich statt. Themen sind politische und wirtschaftliche Fragen, unter anderem die Beziehungen zur EU und das Programm »Östliche Partnerschaft«.
30.5.2011	Die belarussische Polizei nimmt den russischen Korrespondenten Radion Marinitschew des Fernsehkanals »Doschd« nach einem Interview mit der Frau des oppositionellen Ex-Präsidentschaftskandidaten Andrej Sanjnikau fest. Marinitschew wird deportiert.
31.5.2011	Die Europäische Kommission beginnt Verhandlungen mit allen Teilnehmern des Programms »Östliche Partnerschaft« über die Einrichtung von Freihandelszonen – mit Ausnahme von Belarus.
31.5.2011	In Minsk beginnt die Sitzung der Außenminister der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit. Aljaksandr Lukaschenka erklärt, das Verteidigungsbündnis könne seine Autorität in der Welt wesentlich erhöhen. Belarus hat den Vorsitz der Organisation inne.
31.5.2011	Der russische Außenminister Sergej Lawrow fordert Belarus auf, seine internationalen Verpflichtungen bezüglich der Menschenrechte einzuhalten. Sein Land werde jedoch keinerlei Sanktionen gegen Minsk verhängen.
1.6.2011	Brasilien eröffnet seine Botschaft in Belarus. Der bisherige brasilianische Konsul, Jose Eduardo Giraudo, erklärt, die Beziehungen zwischen beiden Ländern in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur sollten so weiter intensiviert werden. Belarus hatte bereits zuvor eine Vertretung in Rio de Janeiro eröffnet.
2.6.2011	Die Europäische Kommission gibt den Startschuss für das Projekt »Stabilität der belarussischen Zivilgesellschaft«. Das Projekt ist mit 720.000 Euro ausgestattet und soll belarussische Bürger unterstützen, die Opfer von Repressionen wurden. Außerdem sollen unabhängige Medien gefördert werden.
3.6.2011	Nikalaj Belanouskij, Vorsitzender der Minsker staatlichen Gewerkschaftsvereinigung, erklärt, das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung in ihrer heutigen Zusammensetzung reiche noch bis August. Dann würden die Haushaltsbudgets zusätzlich belastet durch den Beginn des Schuljahres und die Heizsaison.
3.6.2011	Der ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch beruft seinen Botschafter in Belarus Roman Bessmertny ab. Bessmertny war durch scharfe öffentliche Kritik am belarussischen Staatsapparat aufgefallen.
7.6.2011	Der Generalsekretär der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, Nikolaj Bordjuscha, erklärt beim Treffen der GUS-Verteidigungsminister, im Jahr 2011 konzentriere sich das Bündnis auf die Vorbereitung von Antikrisen-Maßnahmen.
7.6.2011	Der belarussische Premierminister Michail Mjasnikowitsch fliegt zu einem dreitägigen Besuch nach Israel. Er trifft sich unter anderem mit Staatschef Schimon Peres.

8.6.2011	In Minsk eröffnet der Vorsitzende der russischen Staatsduma, Boris Gryslow, die 39. Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des russisch-belarussischen Unionsstaats.
9.6.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka und der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad besprechen am Telefon die weitere Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Ahmadinedschad erklärt, Belarus könne sich »immer auf Iran verlassen.«
9.6.2011	Acht Beitrittskandidaten und assoziierte Partner der EU erweitern ebenfalls die Liste belarussischer Beamter, denen die Einreise untersagt ist, auf 188 Personen. Dazu gehören auch Kroatien, Serbien und Mazedonien.
11.6.2011	Beim Treffen der Zentraleuropäischen Initiative in Triest unterzeichnen die Außenminister von Belarus und Italien, Sjarhej Martynau und Franko Frattini, eine Reihe von Abkommen. Diese beinhalten Kooperationsvereinbarungen in den Bereichen Bildung, Kultur und Wissenschaft sowie eine Absichtserklärung für ein italienisches Investitionsprojekt im Brester Gebiet.
11.6.2011	Der belarussische Außenminister Sjarhej Martynau bespricht in Triest mit seinem serbischen Kollegen Vuk Jeremić die Perspektiven wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Im letzten Jahr hatte sich das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern aufgrund eines Abkommens über eine Freihandelszone verdoppelt.
13.6.2011	Wladimir Makej, Chef der belarussischen Präsidialadministration, erklärt, Informationen über staatliche Einschränkungen gegen russische Massenmedien in Belarus seien »völliger Unsinn.« Russische Medien hatten eine Quelle aus dem Kreml entsprechend zitiert.
14.6.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka kommentiert die Aufrufe von Regimekritikern im Internet zu Streiks: »Ich werde mir das in aller Ruhe ansehen, und dann schlage ich so schnell zu, dass sie es gar nicht schaffen werden, ins Ausland zu flüchten.«
14.6.2011	In der kasachischen Hauptstadt Astana unterzeichnen der Generalsekretär der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, Nikolaj Bordjuscha, und der Direktor der regionalen Antiterrorabteilung der Shanghai Cooperation Organisation, Djenisbek Djumanbekow, ein Protokoll über Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus und Separatismus.
14.6.2011	Der polnische Außenminister Radosław Sikorski erklärt, der polnische Journalist Andrzej Poczobut sei eine »Geisel der belarussisch-polnischen Beziehungen.« Poczobut steht in Hrodna wegen Präsidialbeleidigung vor Gericht, ihm droht eine Höchststrafe von vier Jahren.
15.6.2011	Der amerikanische Präsident Barack Obama verlängert die US-Sanktionen gegen zehn hochgestellte belarussische Staatsdiener um ein Jahr. Ihre Konten wurden eingefroren, keine amerikanische Firma darf mit ihnen Geschäfte abschließen.
15.6.2011	Andrej Sawynych, Pressesekretär des belarussischen Außenministeriums, wird in Genf einstimmig zum Vorsitzenden des Handelskomitees der Europäischen Wirtschaftskommission der UNO gewählt.
16.6.2011	Der russische Finanzminister Aleksej Kudrin erklärt, dass Russland besorgt sei über die Einschränkungen für russische Medien in Belarus. Russland werde dies bei seiner Kreditpolitik gegenüber Minsk berücksichtigen.
16.6.2011	Der russische Abgeordnete Aleksandr Korschakow bezeichnet das Budget des russisch-belarussischen Unionsstaats als »einen Witz«. Das Budget beträgt jährlich etwa 125.000 Euro.
17.6.2011	Der belarussische Informationsminister Aleh Pralesskouski erklärt, die russischen Erklärungen über Einschränkungen für russische Medien in Belarus seien »völlig unbegründet.«
17.6.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka trifft sich am Runden Tisch mit Journalisten belarussischer landesweiter und regionaler Medien. Er weist auf die Verantwortung hin, die Journalisten bezüglich der Stimmung in der Bevölkerung zur wirtschaftlichen Situation des Landes hätten.
17.6.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka erklärt, Belarus würde die Ukraine gerne als Mitglied des Gemeinsamen Wirtschaftsraums und der Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan sehen. Man sei sich hier mit Russland einig.
18.6.2011	Die hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, ernennt die Lettin Maira Mora zur Leiterin der Repräsentanz der Europäischen Kommission in Belarus. Bisher gab es nur einen Chargé d'affaires, Jean-Eric Holzapfel. Mora war von 2004 bis 2010 lettische Botschafterin in Minsk.
18.6.2011	Der Menschenrechtsrat der UNO verabschiedet mit einfacher Mehrheit eine Resolution, in der Belarus für Repressionen während und nach den Präsidentschaftswahlen 2010 kritisiert wird. Das belarussische Außenministerium erklärt, die Resolution werde »destruktive Folgen für den Rat haben.«

18.6.2011	Amnesty International ruft Polen als zukünftigen Vorsitzenden des Rats der Europäischen Kommission auf, politischen Druck auf Belarus auszuüben. Belarus müsse seine politischen Gefangenen freilassen und die Todesstrafe abschaffen.
20.6.2011	Der EU-Rat verhängt Wirtschaftssanktionen gegen drei belarussische Unternehmen und unterbindet den Waffenhandel mit Minsk. Insbesondere handelt es sich dabei um Ausrüstung, die »bei inneren Repressionen eingesetzt werden kann«.
20.6.2011	Der Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums, Andrej Sawynych, kritisiert das »Sanktions-Denken« des EU-Rates als unkonstruktiv und perspektivlos. Die EU verschärfe damit die Konfrontation und verringere die Chancen auf eine Annäherung.
20.6.2011	Der stellvertretende irakische Außenminister, Labeed Majeed Abbawi, und der stellvertretende Außenminister von Belarus, Sjarhej Alejnik, unterzeichnen in Minsk ein Kooperationsabkommen, das die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Irak und Belarus ausbauen und intensivieren soll.
21.6.2011	Irak eröffnet seine Botschaft in Minsk.
21.6.2011	Die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) wählt den estnischen Delegationsleiter Andres Herkel zum neuen Belarus-Referenten. Herkel weist die PACE darauf hin, künftig der Belarus-Problematik mehr Aufmerksamkeit zu schenken.
22.6.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka nimmt anlässlich des 70. Jahrestages des Beginns des Krieges gegen die Sowjetunion an der Trauerfeier in Brest teil.
22.6.2011	Das Minsker Wirtschaftsgericht lehnt die Nichtigkeitsklage der oppositionellen Partei BNF über die zwangsweise Räumung ihres Parteibüros ab. Die BNF erklärt, sie sei bereit, ihre Tätigkeit im Untergrund fortzusetzen.
22.6.2011	Tausende Belarussen nehmen an friedlichen, schweigenden Protestaktionen in Minsk und dutzenden anderen belarussischen Städten teil. Etwa 220 Teilnehmer werden festgenommen.
23.6.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka erklärt sein Vorhaben, eine Klage wegen den verhängten EU-Sanktionen beim Internationalen Gerichtshof einzureichen. Die EU-Politik bezeichnet er als »hirnlos und unüberlegt«.
23.6.2011	Der Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, fordert eine sofortige Freilassung der inhaftierten Teilnehmer des schweigenden Protests und befürwortet die EU-Sanktionen gegen das belarussische Regime.
24.6.2011	Der Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums, Andrej Sawynych, dementiert die Erklärung libyscher Politiker, Muammar al-Gaddafi verhandle mit Belarus über ein politisches Asyl.
25.6.2011	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka und der spanische König Juan Carlos I. besprechen während eines Telefonats bilaterale Beziehungen sowie eine belarussisch-spanische Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Organisationen.
26.6.2011	Michael Posner, US-Staatssekretär für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit, erklärt, die US-Regierung beabsichtige künftig den politischen Druck auf die belarussische Regierung zu erhöhen. Washington sei wegen der Situation in Belarus »ernsthaft besorgt«.
26.6.2011	Ein staatlicher belarussischer Fernsehsender kritisiert den russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew heftig wegen seiner Nichtteilnahme an der Trauerfeier in Brest anlässlich des 70. Jahrestages des Kriegsbeginns. Unter anderem wird Medwedew der mutmaßliche Versuch vorgeworfen, »die Situation in Belarus durch soziale Netzwerke zu destabilisieren«.
27.6.2011	Der polnische Außenminister Radosław Sikorski erklärt, dass Belarus zum Treffen des EU-Programms »Östliche Partnerschaft« eingeladen werde.
28.6.2011	Das kirgisische Außenministerium erklärt während einer Pressekonferenz in Bischkek, der flüchtige kirgisische Ex-Präsident Kurmanbek Bakijew halte sich weiterhin im belarussischen Asyl auf.
28.6.2011	In Vilnius ratifiziert das Parlament Litauens das Abkommen über einen vereinfachten Grenzverkehr mit Belarus. Das Abkommen wurde zuvor von Belarus unterzeichnet.
29.6.2011	Russland schränkt seine Stromlieferungen an Belarus wegen einer Zahlungsverzögerung ein. Der russische stellvertretende Regierungschef Igor Setschin erklärt, die Einschränkung habe keine politischen Hintergründe. Der belarussische stellvertretende Ministerpräsident Uladzimir Semaschko bestätigt, das belarussische Energieministerium sei schuld an den Problemen.
29.6.2011	Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter Polens in Minsk, Leszek Szerepka, teilt mit, die Entwicklung des EU-Programms »Östliche Partnerschaft« stehe im Mittelpunkt des polnischen EU-Vorsitzes. Polen soll den Vorsitz in der EU am 1. Juli 2011 übernehmen.

29.6.2011	Belarus erklärt sich bereit zu einem Dialog mit Polen über die »Karta Polaka«, so der Vorsitzende der Kommission der belarussischen Repräsentantenkammer für Internationale Angelegenheiten, Igor Karpenko. Die »Karta Polaka« wird von Konsulaten der Republik Polen ausgestellt, um den Bürgern polnischer Herkunft in den GUS-Ländern verschiedene Privilegien gegenüber anderen Ausländern in Polen zu gewähren. Das belarussische Verfassungsgericht hatte das Gesetz für völkerrechtswidrig erklärt.
29.6.2011	Sechs oppositionelle Parteien und Organisationen erklären während einer gemeinsamen Pressekonferenz in Minsk die Gründung einer neuen Plattform für die künftige Zusammenarbeit. Die Organisatoren erklären, sie stünden im Kontakt mit den Organisatoren der »schweigenden« Straßenproteste.
30.6.2011	Der polnische Außenminister Radosław Sikorski fordert die belarussische Regierung auf, alle politischen Gefangenen frei zu lassen. Nur unter dieser Bedingung könne die EU Belarus in der Wirtschaftskrise unterstützen.
30.6.2011	Die belarussische Regierung lädt alle diplomatischen Vertretungen ein, an den Feierlichkeiten anlässlich des Tages der Unabhängigkeit teilzunehmen.
1.7.2011	Das lettische Außenministerium reicht in Belarus eine Protestnote wegen der Verhaftung von Uģis Libietis ein, eines Korrespondenten des lettischen Radios. Libietis wurde am 29. Juni in Minsk festgenommen, als er über die schweigende Protestaktion berichten wollte.
1.7.2011	Die OSZE-Sprecherin für Pressefreiheit, Dunja Mijatovic, ruft Präsident Aljaksandr Lukaschenka in einem persönlichen Schreiben auf, die »präzedenzlosen« Repressionen gegen Journalisten nach den Präsidentenwahlen am 19. Dezember 2010 zu beenden.
3.7.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka nimmt die große Militärparade in Minsk zum 20. Jahrestag der belarussischen Unabhängigkeit ab. Er erklärt, Szenarien einer »farbigen Revolution« seien in Belarus perspektivlos. EU- und US-Botschafter nehmen an der Parade nicht teil.
4.7.2011	In Minsk treffen sich Präsident Aljaksandr Lukaschenka und der Staatssekretär des Unionsstaates, Pawel Borodin, zu einem Gespräch über wirtschaftliche Zusammenarbeit.
5.7.2011	Die belarussische Repräsentantenkammer erklärt die Teilnahme der belarussischen Parlamentsdelegation an der 20. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Belgrad.
5.7.2011	In Minsk findet die Konferenz der zivilgesellschaftlichen Plattform des EU-Programms »Östliche Partnerschaft« statt. 31 Organisationen werden nach der Abstimmung zur Teilnahme am dritten »Forum der Zivilgesellschaft« empfohlen.
6.7.2011	In Minsk findet eine weitere schweigende Protestaktion statt, 190 Teilnehmer werden festgenommen. Human Rights Watch kritisiert die Verhaftung der Teilnehmer an den schweigenden Protesten und fordert ihre sofortige Freilassung.
6.7.2011	Das US-Repräsentantenhaus ratifiziert den Belarus Democracy Reauthorization Act of 2011, ein Gesetz, das »eine sofortige und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen in Belarus, einschließlich der während der Repressionen nach den Präsidentenwahlen Inhaftierten« fordert.
7.7.2011	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg nimmt die Klage des belarussischen Journalisten Wadim Gigin zur Erörterung an. Der Chefredakteur der staatsnahen Zeitschrift Belaruskaja Dumka will gegen die Einreiseverbote für staatstreue Journalisten klagen.
7.7.2011	Der deutsche Außenminister Guido Westerwelle verurteilt »die unverfrorene Brutalität« der belarussischen Sicherheitskräfte bei den Festnahmen der Teilnehmer der schweigenden Proteste.
8.7.2011	Im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Belgrad trifft sich die belarussische Delegation mit den Delegationen von Serbien, Italien und Slowenien. Themen sind Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE und Aussichten für die bilaterale Kooperation.
8.7.2011	Der belarussische Ministerpräsident Michail Mjasnikowitsch bietet Aserbaidschan eine Teilnahme an Privatisierungsprozessen in Belarus an.
9.7.2011	Die Parlamentarische Versammlung der OSZE verabschiedet eine Resolution zu Belarus als Projekt einer »Wiederherstellung des Dialogs.« Sie fordert eine Klärung der Informationen über Folterungen durch den KGB sowie die Freilassung politischer Gefangener. Der stellvertretende Vorsitzende der Repräsentantenkammer der Nationalversammlung von Belarus Wiktor Guminski kritisiert die Resolution als kontraproduktiv und tendenziös.
10.7.2011	Die Parlamentarische Versammlung der OSZE nimmt die belarussische Resolution zur Bekämpfung des Menschenhandels an.

12.7.2011	In Moskau treffen sich die Ministerpräsidenten von Belarus, Kasachstan und Russland auf einer Konferenz zu Problemen der Zollunion. Der belarussische Ministerpräsident Michail Mjasnikowitsch hält einen gemeinsamen Waffenmarkt in der Zollunion für notwendig.
12.7.2011	In der Presse wird bekannt, dass Minsk und Kiew im April jeweils Militärattachés des anderen Landes ausgewiesen hatten. Präsident Aljaksandr Lukaschenka war nicht zur Kiewer Konferenz bezüglich des 25. Tschernobyl-Jahrestags eingeladen worden und hatte den ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch dafür scharf kritisiert.
13.7.2011	Die Parlamentarische Versammlung der OSZE verweigert belarussischen Vertretern die Teilnahme an der Sitzung über das Projekt zur Unterstützung des Gerichtssystems in den Ländern der »Östlichen Partnerschaft«.
14.7.2011	Russlands Präsident Dmitrij Medwedew ratifiziert das föderale Abkommen über gemeinsame makroökonomische Politik im Gemeinsamen Wirtschaftsraum.
15.7.2011	Der belarussische Ministerpräsident Michail Mjasnikowitsch erklärt, Belarus unterhalte enge, vertrauliche und partnerschaftliche Beziehungen mit Russland.
18.7.2011	In Minsk trifft eine offizielle Delegation aus Katar zu Gesprächen bezüglich der Perspektiven belarussisch-katarischer Zusammenarbeit in der Erzindustrie ein.
18.7.2011	Der belarussische Ministerpräsident Michail Mjasnikowitsch erklärt, Belarus habe wegen seiner Teilnahme an der Zollunion nichts verloren, bislang aber auch noch nichts gewonnen.
22.7.2011	Die neue Leiterin der Repräsentanz der Europäischen Kommission in Belarus, Maira Mora, trifft in Minsk ein.
26.7.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka gratuliert Raúl Castro, dem Präsidenten des Staats- und des Ministerrates der Republik Kuba, zum Jahrestag der Revolution und erklärt, dass sein Land zur Entwicklung einer strategischen Zusammenarbeit bereit sei.

Zusammengestellt von Martin Schön und Galina Widrich

Die Belarus-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Judith Janiszewski, Heiko Pleines, Astrid Sahn, Martin Schön

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

ISSN 2192-1350 © 2011 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

LESETIPP



Polen-Analysen Nr. 92: Die polnisch-belarussischen Beziehungen

Die polnisch-belarussischen Beziehungen stehen im Mittelpunkt einer neuen Polen-Analyse. Kamil Kłysiński betrachtet in seinem Beitrag »Die polnisch-belarussischen Beziehungen zwischen Dialog und Konfrontation« dieses schwierige Verhältnis. Darüber hinaus dokumentieren Tabellen und Grafiken den polnisch-belarussischen Außenhandel sowie die Einstellung von Polen und Belarussen zu anderen Nationen.

Die Polen-Analyse kann kostenlos unter <http://www.laender-analysen.de/polen/> als pdf-Datei heruntergeladen werden. Auf Anforderung werden die Polen-Analysen ebenfalls unentgeltlich per E-Mail als pdf-Datei versandt. Für ein kostenloses Abonnement klicken Sie bitte hier.

Die polnisch-belarussischen Beziehungen zwischen Dialog und Konfrontation

Kamil Kłysiński, Warschau

Zusammenfassung

Die polnisch-belarussischen Beziehungen gehören immer noch nicht zu den unkomplizierten Nachbarschaftsverhältnissen. Infolge schwieriger historischer Erfahrungen und aktueller Bedingungen kam es zwischen Minsk und Warschau häufiger zu Spannungen als zum Dialog. Die Bemühungen Polens im Rahmen der EU-Politik, Belarus in zunehmend intensivere Kontakte mit der EU einzubinden, prallten auf den spezifischen Pragmatismus des belarussischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka, der ausschließlich an Investitionen, Krediten und Technologien interessiert ist, ohne das Problem der Einhaltung der demokratischen Werte zu berühren. In einer solchen Situation war der Dialog zum Scheitern verurteilt. Dies zeigte auch das brutale Vorgehen gegen eine Demonstration der Opposition am Abend der Staatspräsidentenwahl in Minsk am 19. Dezember 2010. Darüber hinaus ist der Konflikt um die Tätigkeit des unabhängigen Bundes der Polen in Belarus immer noch nicht gelöst und schon seit langem eine Hauptursache für Spannungen im Verhältnis Minsk-Warschau. Ebenso haben die polnisch-belarussischen Beziehungen eher den Charakter eines Katalogs ungelöster Probleme und Konflikte, als dass sie ein Feld bilateraler guter Zusammenarbeit sind.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladivostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Belarus Perspektiven

- Seit mehr als zehn Jahren berichten die **Belarus Perspektiven** aus einem fast unbekanntem Land. Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die in Belarus etwas bewegen wollen.
- Durch unsere kritischen Berichte und Analysen sind unsere Leser nicht nur auf dem neuesten Stand – sie erfahren auch, was hinter den Kulissen geschieht.



IBB

Internationales
Bildungs- und
Begegnungswerk

- Autoren der Belarus Perspektiven sind namhafte belarussische Journalisten, unabhängige Medienvertreter, Wirtschaftsexperten und zivilgesellschaftliche Akteure.
- Die Zeitschrift erscheint **vierteljährlich** und kostet inklusive Versand **15,- € im Jahresabonnement**.
- Zu beziehen sind die Belarus Perspektiven beim IBB in Dortmund bzw. online unter <http://www.ibb-d.de/publikation-anfordernhtml.html>
- **Ältere Ausgaben** der Belarus Perspektiven finden Sie im Archiv als pdf-Datei zum **Download**, <http://www.ibb-d.de/bp-archiv.html>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de